

SPD- Bürgerbüro
Düsseldorfer Str. 86
40882 Ratingen



SPD-Info-Service:

Wollen Sie regelmäßig von uns informiert werden? Ganz unverbindlich und praktisch per Mail. Bitte wenden Sie sich an uns:

christian.wiglow@rapeedo.de

V.i.S.d.P. SPD Ratingen c/o Christian Wiglow, Kopernikusring 20, 40882 Ratingen

www.spd-ratingen.de

Unsere Ansprechpersonen für Sie Wir schreiben Bürgernähe groß

Sie werden es bestimmt bemerkt haben: Kaum ist die Wahl vorbei, verschwinden die anderen Parteien in der Versenkung. Nicht so die SPD. Wir schreiben Bürgernähe groß und stehen Ihnen immer zur Verfügung, ob nun Wahlkampf ist oder nicht.

Unsere Ansprechpartner in den Wahlkreisen freuen sich auf Ihren Anruf, Ihre Mail. Scheuen Sie sich nicht, uns zu kontaktieren! Wir freuen uns.



Wahlkreis 4 Ost
Christian Wiglow
Kopernikusring 20
40882 Ratingen

Tel: 1678974
@mail: christian.wiglow@rapeedo.de



Wahlkreis 8 Süd
Rosa-Maria Kaleja
Raiffeisenstr. 6a
40878 Ratingen

Tel: 87 33 33
@mail: info@rmk-consult.de

Wenn Sie nicht genau wissen, zu welchem Wahlkreis Ihre Straße gehört, schauen Sie im Internet unter www.spd-ratingen.de/ratingen-mitte nach unter Ansprechpartner. Dort finden Sie eine Übersicht, in der Sie die Zuordnung Ihrer Straße finden können.

Ansonsten kümmert sich jeder unserer Ansprechpartner um Ihre Anliegen.

Kreistag Mettmann

Ratingen Mitte vertreten im Kreistag Dietmar Viehöver (siehe auch Wahlkreis 1) und Anja Prüßmeier. Der Kreis ist unter anderem zuständig für die Berufsschule, öffentlichen Personennahverkehr, Abfallentsorgung, Kreisstraßen, Landschaftsschutz wie auch Träger der Sozialhilfe und der Grundsicherung für Arbeitssuchende („HARTZ IV“).



Kreistag
Anja Prüßmeier
Wiechertstr. 9
40882 Ratingen

Tel: 146124
@mail: anja.pruessmeier@freenet.de



Wahlkreis 1 Zentrum
Dietmar Viehöver
Brunostr. 17
40878 Ratingen

Tel.: 14 70 594
@mail: Dietmar.Viehoever@spd-ratingen.de



Wahlkreis 5 Ost
Volkmar Berner
Homberger Str. 46
40882 Ratingen

Tel: 84 11 48
@mail: Volkmar.Berner@Gmail.com



Wahlkreis 2 Zentrum
Berndt Hoffmann
Weidtmannweg 18
40878 Ratingen

Tel: 2 11 63
@mail: hoffmann-berndt@t-online.de



Wahlkreis 6 Mitte/ Süd
Gero Aschenbroich
Bleichstr. 39
40878 Ratingen

Tel: 84 35 06
@mail: gero.aschenbroich@arcor.de



Wahlkreis 3 Oberdorf
Josef Tahmaz
Meiersweg 1
40878 Ratingen

Tel: 57 96 104
@mail: josef.tahmaz@gmx.de



Wahlkreis 7 Mitte/ Süd
Uwe Ludwig
Haarbach Höfe 25
40878 Ratingen

Tel: 89 25 858
@mail: uwe.ludwig@spd-ratingen.de

aufgespiesst



02/2019

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Wohnen ist und bleibt das aus unserer Sicht wichtigste Thema in Ratingen. Und die Stadt tut zu wenig. Selbst wenn die Verwaltung gute Vorschläge macht, kommt der Rückschlag aus den Reihen von CDU, FDP oder BU. Es gibt sogar namhafte Ratsmitglieder, die meinen, wem es hier zu teuer ist, der soll doch nach Gelsenkirchen ziehen. Das entmutigt uns aber nicht und wie setzen uns weiter ein, damit wir in Ratingen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Nur eine Stadt, in der alle auch wohnen können, ist eine wirklich lebenswerte Stadt. Gut, dass wir die Wohnungsgenossenschaft WOGERA haben, die sozialen Standards verpflichtet ist und nicht der Gewinnmaximierung.

In diesem Sinne Ihre SPD Ratingen-Mitte

Sommerprogramm 2019—Infos unter: www.spd-ratingen.de

In dieser Ausgabe

Containerstandorte	Seite 2
Nachgehakt	Seite 2
Wohnbauflächen aktivieren	Seite 2
Blauer See	Seite 3
Eltern weiter entlasten	Seite 3

Eine Maßnahme für mehr bezahlbaren Wohnraum: Bürogebäude umwandeln!

Angesichts der nach wie vor auf dem Wohnungsmarkt bestehenden erheblichen Engpässe sind wir der Meinung, dass es erforderlich ist, auf verschiedenen Ebenen tätig zu werden und alle möglichen Handlungsoptionen zu nutzen. Eine dieser Handlungsoptionen liegt in der Umwandlung nicht mehr genutzter Büroflächen in Wohnraum.

In Ratingen stehen erhebliche Mengen von Büroräumen seit zum Teil mehreren Jahren leer. Im gesamten Ratinger Stadtgebiet sind momentan nachweislich über 100.000 qm ungenutzter Gewerbeflächen in der Vermarktung. Fakt ist, ein gewisser Leerstand von Büroraum ist notwendig und sinnvoll, jedoch nicht in einem derart erheblichen Umfang und auch nicht für zum Teil so lange Zeiten.

Es gibt in vielen Gemeinden zum Teil erfolgreiche Projekte wie Büroräume in unterschiedliche Formen von Wohnraum umgewandelt

werden können. So auch z.B. in Düsseldorf (Thyssen Trade-Center Umwandlung in Wohnungen, siehe auch <https://www.hoermann.de/portal/portal-42-wohnen/de/die-2-chance/>).



Leerstand seit Jahren

Aus Sicht der SPD stellt dieser Vorstoß ein weiteres Element dar, wie wir in Ratingen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen können. Dabei ist selbstverständlich, dass nur solche Bürogebäude für eine Umnutzung in Wohnen in Frage kommen,

die an integrierten Standorten stehen, baurechtlich zulässig oder zulässig zu machen sind und gesunde Wohnverhältnisse ermöglichen. Man könnte sich unter Umständen durchaus vorstellen, Leerstände an der Bahnstraße oder auch am Blyth-Valley Ring in Ratingen Mitte in diese umzuwandeln. Je nach Bürogebäude ist auch eine Nutzung zur Beschaffung von Wohnraum für Auszubildende denkbar, wofür es zudem eine Förderung über die Agentur für Arbeit gibt. Eine solche Lösung wäre angesichts der Tatsache, dass viele ortsansässige Firmen große Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Mitarbeitern haben mangels ausreichendem Wohnungsangebot, mit Sicherheit auch im Interesse der lokalen Wirtschaft. Daher hat die SPD (gemeinsam mit der Bürger Union) beantragt, mit dem Ziel, bezahlbarem bzw. öffentlich gefördertem Wohnraum zu schaffen, ein entsprechendes Konzept zu erstellen und auf die Immobilienbesitzer zuzugehen.

Nicht noch mehr Schotter ...

Die Stadt Dortmund hat es vorgemacht und will durch städtische Satzung ausschließen, dass Vorgärten künftig nur noch aus lebensfeindlichem (und in der Regel zudem leider noch herbizidintensiven) Schotter, Kies oder Split bestehen. Gleiches gilt für Xanten. Diese Unsitte der Steinwüsten in Vorgärten ist in Ratingen vermehrt zu sehen und zwar sowohl bei Neubauten wie auch – in der Regel bei Eigentümerwechsel – in Bestandswohngebieten. Sie bestimmen zunehmend das Bild in Vorgärten: Schotter, Kies und Split. In Metallkörben als Heckenersatz oder gleich als ganzes Beet. Modern sei das, sagen die einen. Pflegeleicht, die ande-

ren. Städte und Kreise in NRW sehen aber zunehmend ein Problem: eines mit der Umwelt. Denn überall wo Steine die Vorgärten versiegeln, finden Tier und Natur keinen Lebensraum mehr. Die SPD möchte diese Praxis per Ortsrecht unterbinden. Alle anderen Fraktionen schlossen sich dem Antrag an.

Nachgehakt: Unsere Nachfrage an die Verwaltung

Leider ist in der Kommunalpolitik mit einem entsprechenden Beschluss nicht alles im Sinne der Anliegen der Bürgerinnen und Bürger getan. Oftmals muss mehrfach nachgehakt werden, wann denn nun mit einer Umsetzung der Beschlüsse zu rechnen ist.

Kein Tempo 50 bei Bezirkssportanlage

Nach Beschlussfassung in 2015 und 2016 zur Temporeduzierung auf Tempo 50 für den aus Lintorf kommenden Verkehr bei der Einfahrt Götschenbeck ist Jahre nichts passiert. Jetzt kam die Verwaltung mit einer Vorlage um die Ecke, nach der Tempo 50 plötzlich unzulässig wäre. Die anderen Fraktionen schluckten es. Es bleibt also alles so, wie es ist.

So ist weiter stadtauswärts die Geschwindigkeit auf 50 km/h reduziert, von Lintorf kommend sind jedoch 70 km/h zulässig. Das verstehe wer will.

Schulwegsicherung in Ost ein Schritt weiter

An die SPD wurden Klagen von Bürgerinnen und Bürgern über die Schulwegsicherheit entlang der Bruchstraße, insbesondere im Kreuzungsbereich mit der Peter-Jansen-Straße herangetragen. Am 27.06.2018 sagte die Verwaltung zu, gegenüber der Einmündung der Peter-Jansen-Straße das Parken zu verbieten. Dieses ist jetzt geschehen.

Tempo 30 auf Bruchstraße komplett

Die SPD hat beantragt, die gesamte Bruchstraße in Tempo 30 umzuwandeln. Bisher gibt es einen Flickenteppich aus Tempo 30 und 50. Dafür gab es keine Mehrheit. Jetzt soll es ein „Werkstattgespräch“ geben, um eine Lösung für alle Wohnstraßen zu finden. Wir sind gespannt.

Mehr Sauberkeit an Containerstellplätzen

Am 20.09.2018 hat sich die Politik intensiv mit der Thematik der Verschmutzung der öffentlichen Containerstellplätze für Papier- und Glas-Recycling befasst und u.a. einstimmig beschlossen:

- Intensive Be- und Ausleuchtung der Standplätze, die durch Bewegungsmelder aktiviert wird
- Prüfung der Möglichkeit einer Aufzeichnung durch Kameras, wenn die „Nutzung“ außerhalb der vorgegebenen Zeiten erfolgt
- Überprüfung von an den Containern abgestellten Kartonagen durch den kommunalen Ordnungsdienst, um die „Müllsünder“ durch Feststellung von Adressaufklebern haftbar zu machen

Informationen, dass größere oder mehrere Kartons auch zum Bauhof gebracht werden können

- Vermehrte Kontrollen durch das Ordnungsamt

Die SPD erwartet nun endlich einen aktuellen Sachstand in der Angelegenheit, da sich die berechtigten Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern nach wie vor häufen. Zeit war ja genug.

Aktivierung zusätzlicher Wohnbauflächen: SPD will strategischen Umgang mit Leerstand und Brachen

Die SPD hat an den Bürgermeister einen Antrag für die Beratung im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss gestellt, in dem die Verwaltung gebeten wird, ein Konzept für den strategischen Umgang mit leerstehenden Immobilien zu entwickeln, in dem unterschiedliche Hebel von Ankauf über ordnungs- bzw. wohnungsrechtliche bis baurechtliche Maßnahmen Anwendung finden können.

Die angespannte Lage auf dem Ratinger Wohnungsmarkt ist allgemein bekannt und war Thema schon verschiedener Anträge und Beschlüsse.

Neben der Knappheit an bezahlbarem Wohnraum und auch an dafür geeigneten Grundstücken fällt aber auf, dass auf der anderen Seite in Ratingen gar zunehmend Ein- und Mehrfa-

milienhäuser zum Teil seit Jahren leer stehen und verfallen. Dieses gilt für nahezu alle Stadtteile, fällt aber besonders in Ratingen Ost auf. So stehen auf der Aue/ Ecke Auenhof, auf der Festerstraße mehrere Häuser seit Jahren leer, die Gärten verwildern, die Häuser verfallen. Gleiches gilt für einen größeren Gebäudekomplex gegenüber dem Stadtmuseum.



Seit Jahren Leerstand auf der Festerstraße

Neben negativen Auswirkungen auf das Wohnumfeld stellt dieser Leerstand aber auch eine auf Dauer nicht hinzunehmende Verschwendung von potenziellem Bauland für den Wohnungsbau dar.

Von daher wäre es aus Sicht der SPD sehr sinnvoll, wenn die Stadt durch aktive Grundstückspolitik und konsequentes Vorgehen diese Flächenressourcen reaktiviert. Dabei stehen aus Sicht der SPD der Stadt neben dem Ankauf auch wohnungsrechtliche (Verwahrlosung von Wohnraum nach dem Wohnungsaufsichtsgesetz NRW zum Beispiel) bzw. ordnungsbehördliche und baurechtliche Hebel (z.B. Baugebot nach § 176 BauGB) zur Verfügung, die es zu nutzen gilt.

Blauer See: Umweltzentrum und Erlebniswelt müssen dort ihren Platz haben!

Die zukunftssichere und tragfähige Entwicklung des Freizeitgelände um den Blauen See ist für die SPD eine zentrale Herausforderung. Daher hat die SPD auch alle bisher gefassten Beschlüsse des Stadtrates mitgetragen. Im Rahmen dieser einstimmigen Beschlusslage des Rates soll der Blaue See behutsam ertüchtigt und weiterentwickelt werden. Naturbühne und Märchenzoo sind dabei „gesetzt“. Ergänzt werden soll dieses dann um ein Umweltbildungszentrum, was aber noch gar nicht final beschlossen wurde. Aus Sicht der SPD ist das Umweltbildungszentrum sehr wohl eine sinnvolle und gute Ergänzung und sogar mehr. Das Umweltbildungszentrum kann eine zusätzliche Attraktion für die gesamte Stadt und den Blauen See werden.

Naturbühne, Märchenzoo und Umweltbildungszentrum könnten ein attraktives Ensemble für Ratingen sein und den Blauen See nachhaltig beleben und sichern. Der SPD geht es um eine

behutsame Symbiose von Natur und interessanten Angeboten der Freizeit, der Bildung wie dem Umweltbildungszentrum.

In den bisherigen Diskussionen wurde die bestehende „Erlebniswelt“ am Blauen See für künftige Entwicklungen entweder gar nicht erwähnt oder als obsolet und nicht mehr zeitgemäß beschrieben.



Hinzu kamen mehr oder minder unglückliche Aussagen der Verwaltung, so dass sich viele Bürgerinnen und Bürger Sorgen machten, dass die Freizeitangebote für Kinder wegfallen könnten, die bisher maßgeblich zur auch überregionalen Beliebtheit des Blauen Sees beigetragen haben. Dazu führt die Verwaltung selber aus (Vorlage 23/2010), dass der Blaue See mit vielen „positiven

Kindheitserinnerungen für viele Ratingen Bürgerinnen und Bürger“ verbunden ist. In der in der Öffentlichkeit und auch den sozialen Netzwerken laufenden Diskussion geht es daher immer um entweder das Umweltbildungszentrum oder die Freizeitangebote der „Erlebniswelt“.

Die SPD Fraktion sieht hier aber kein „entweder oder“ sondern ein Miteinander. Nach Ansicht der SPD Fraktion ist das Gelände am Blauen See groß genug, um ohne zusätzliche Flächeninanspruchnahmen sowohl das Umweltbildungszentrum wie auch einem Freizeitangebot, wie es seit Jahren die „Erlebniswelt“ kostengünstig und kindgerecht bietet, Raum zu geben. Beide könnten sich sogar sinnvoll ergänzen und eine nachhaltige Belebung sicherstellen.

In den kommenden weiteren Beratungen zur Konkretisierung der weiteren Planungen wird die SPD Fraktion für dieses Miteinander werben.

SPD: Eltern weiter entlasten ist Investition in die Zukunft

Die SPD Fraktion Ratingen bedauert bei aller Freude über die zwei beitragsfreien Kindergartenjahre, die jetzt durch das Land NRW kommen werden, dass das Land NRW die Gelegenheit wieder einmal verpasst hat, eine landeseinheitliche Regelung für die Elternbeiträge zu schaffen. Damit bleibt die Ungerechtigkeit, dass in armen Gemeinden die Eltern stärker zur Kasse gebeten werden als in besser ausgestatteten. Diese ist aus Sicht der SPD ein unhaltbarer Zustand, schreibt doch auch die Landesverfassung etwas von der Schaffung gleicher Lebensbedingungen.

Zudem erinnert die SPD Fraktion Ratingen daran, dass das Land NRW ohne das „Gute Kita Gesetz“ von der SPD Bundesfamilienministerin Franziska Giffey gar nicht in der Lage gewesen wäre, diese Regelung mit einem weiteren beitragsfreien Jahr zu schaffen.

Die Ankündigung von Bürgermeister Pesch, dann aus der lokalen Regelung, die jüngst beschlossen wurde, ein wei-

teres beitragsfreies Jahr zu machen, unterstützt und begrüßt die SPD ausdrücklich. Die SPD hatte seinerzeit die Debatte um weitere Entlastungen der Eltern ins Rollen gebracht, als sie bei den Beratungen zum Doppelhaushalt 2018/2019 vorgeschlagen hatte, statt einer Senkung der Grundsteuer die Eltern spürbar und massiv bei den Kindergartenbeiträgen zu entlasten. In der folgenden Mehrheitsfindung wurde daraus denn der Kompromiss mit weiteren sieben Monaten Beitragsfreiheit, den der Rat im Oktober 2018 beschlossen hat.



Grundsätzlich vertritt die SPD die Position, dass Bildung kostenfrei sein muss und da Bildung schon in der Kindertageseinrichtung beginnt, dieses auch dort gilt. Bisher wurden die Gemeinden allerdings mit den Herausforderungen der frühkindlichen Bildung ein Stück weit allein gelassen, so dass sich die Frage immer stellte, was ein kostenfreier Platz denn nützte, wenn nur wenige auch einen Platz bekommen könnten. Daher waren in der Vergangenheit nur moderate Beitragsenkungen möglich.

Aus Sicht der SPD stellt sich nun bei den anstehenden Etatberatungen 2020 die Frage, wie es mit den Beiträgen im Bereich der Kinder unter drei Jahren überhaupt weitergehen soll und wie die „Geschwisterkind-Regelung“ sinnvoll weiterentwickelt werden kann, da es bei der aktuellen Regelung hier zu – zumindest durch die Politik – ungewollten Härten gekommen ist.

MITGLIED
WERDEN

Jetzt erst
recht!

